

Guten Morgen meine Damen und Herren,
lieber Herr Dr. Langejürgen,
sehr geehrter Herr Ballast,
liebe Frau Prof. Hasseler

und an alle Interessierten, die heute da sind.

Den Vorspann kann ich kurz machen: Es gibt in Deutschland derzeit etwa 2,4 Mio. Pflegebedürftige und diese Zahl wird sich bis zum Jahr 2050 verdoppelt haben. Wer sich heute um die Zukunft der Pflegeversicherung kümmert, der stellt die Weichen für unsere Pflege - also die Pflege derer, die in 30 und 40 Jahren in die Pflegesituation kommen. Das sind zugleich auch die „Babyboomer“, die Jahrgänge, die zwischen '55 und '65 geboren sind und die eine echte demographische Herausforderung darstellen.

Die Lösung der Frage, wie wir die Pflegeversicherung demografiefest aufstellen, tangiert weniger diejenigen, die derzeit Pflege brauchen, sondern da machen wir letztlich die Hausaufgaben für uns selbst.

Ich spreche als Politikerin zu Ihnen und deswegen gehört natürlich neben den Sachfragen auch die Frage erörtert, ob man derzeit dieses Thema überhaupt bearbeiten sollte, denn es bedeutet, sich nicht nur über Positives wie Leistungsverbesserungen sondern auch über Negatives wie Erhöhungen von Beiträgen zu unterhalten.

Die Meinungen, ob das Ganze derzeit sinnvoll ist, gehen sehr weit auseinander, auch in der Bayerischen Staatsregierung – ich habe möglicherweise eine Mindermeinung. Das kann damit zusammenhängen, dass ich nicht seit den Kinderschuhen Politik mache, sondern mich vorher einige Jahrzehnte im echten Leben bewegt habe.

Ich bin der Meinung, die Bürger sind ziemlich vernünftig, wissen ziemlich genau was Sache ist und sind deswegen auch nur begrenzt erfolgreich zu „vertrösten“.

Es wird erwartet, dass wir uns jetzt um die richtigen Weichenstellungen für die Pflege der Zukunft kümmern. Ich bin der Meinung, wir sollten deutlich machen, dass wir gewillt sind längerfristiger als nur in Wahlzyklen zu denken und ich glaube trotz der lauten „Wutbürger“, die gegen jede Veränderung auf die Strasse gehen, dass die Stilleren, aber Mehreren in der Bevölkerung das durchaus honorieren.

Ich schicke ferner voraus, dass es zur Zukunft der Pflegeversicherung auch inhaltlich noch keine abgestimmte Meinung der Bayerischen Staatsregierung gibt. Insbesondere gehen die Meinungen in der Koalition zu der Frage der künftigen Finanzierung auseinander. Hierzu also heute nur meine Meinung. Bevor man sich mit der Finanzierung der Pflegeversicherung der Zukunft auseinandersetzt, muss man sich über die Leistungen der Pflegeversicherung in der Zukunft Gedanken machen.

Auf Grund der steigenden Lebenserwartung müssen wir mit einer deutlichen Zunahme der Demenzerkrankungen rechnen: Jede 2. Frau und nahezu jeder 3. Mann muss damit rechnen, an Demenz zu erkranken. Das verändert natürlich massiv den Pflegebedarf und zwar in gar nicht absehbarer Weise.

Momentan wird der Pflegeaufwand für an Demenz Erkrankte noch nicht in den Pflegestufen abgebildet. Der aktuelle Pflegebedürftigkeitsbegriff leitet die Pflegebedürftigkeit noch allein von der körperlichen Einschränkung ab. Und meine Damen und Herren, man muss sich schon wundern, mit welcher Geduld die gesamte Öffentlichkeit und die veröffentlichte Meinung es verfolgt, wie wir aus Berlin getröstet werden, was die Neuordnung der Pflegestufen angeht.

Obwohl wir schon lange einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff erarbeitet haben, der die Demenz mit abbildet, wird uns seit über zwei Jahren erzählt, dass die, zur Konkretisierung der neuen Pflegebedarfsgrade erstellten Typisierungsgutachten noch nicht vorliegen bzw. noch nicht ausgewertet seien. Damit können wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht mit Leistungen unterlegen. Solange dies nicht erfolgt ist, brauchen über nichts anderes zu reden. Ich brauche mir nicht Gedanken zu machen, wie viel Geld ich in das System rein gebe, wenn ich nicht weiß, was es leisten soll. Hier muss und kann auch nur das Bundesgesundheitsministerium liefern.

Dazu gehören dann auch Antworten auf die Frage: Was passiert mit den bisher für Demenzerkrankte vorgesehenen Leistungen nach § 45 b SGB XI?

Werden sie integriert in einzelne Bedarfsgrade oder bleiben Demenzleistungen ein Extrastrang?

Auch die Frage der Erhöhung des Pflegegeldes können wir erst diskutieren, wenn wir die Typisierungsgutachten und die Bedarfsgrade haben.

Neben den inhaltlichen Pflegeherausforderungen hat sich auch das Gefüge unserer Gesellschaft verändert und wird sich noch weiter verändern: Die Zahl der Einpersonen-Haushalte steigt.

Großfamilien sind zur Ausnahme geworden und es gibt weniger Junge – das kommt zu der langen Lebenserwartung dazu.

Wenn alle immer ordentlich Kinder gekriegt hätten, wäre die lange Lebenserwartung eine weniger große Herausforderung, aber das war nicht der Fall.

Eine zentrale Frage für die Zukunft der Pflege und dafür, wie viel Geld wir dazu brauchen, wird sein, ob weiterhin im selben Ausmaß wie bisher in der Familie gepflegt wird. Hier ist nicht allzu viel Optimismus angezeigt. Den Jungen, die nachkommen, denen haben wir doch inzwischen abgewöhnt, dass sie Familienarbeit leisten. Junge Männer und junge Frauen suchen völlig zu Recht ihr Heil in der Erwerbstätigkeit, weil sie nämlich sonst in unserer Gesellschaft und unseren Sicherungssystemen zum Verlierer werden. Wir haben also nicht nur weniger junge Menschen, sondern in den wenigen Familien, die wir dann überhaupt noch haben werden, wird auch immer weniger Raum für Familienarbeit vorhanden sein.

Außerdem haben wir eine dynamische Gesellschaft. Kaum jemand bleibt Zeit seines Lebens an dem Ort, an dem er geboren ist. Die meisten bewegen sich sehr flexibel und mobil durch die Weltgeschichte. Und auch deshalb wird die Familie der Zukunft in der Regel nicht davon geprägt sein, dass in ihr über einen begrenzten Zeitraum und über die kleine Kernfamilie hinaus Verantwortung übernommen werden kann, beispielsweise für pflegebedürftige Eltern oder Angehörige.

Wir erleben das ja auch in anderen Bereichen, hier gibt es viele Parallelen zum Bereich der Kindererziehung. Wir haben ja nach und nach Aufgaben, die früher in Familien gemacht wurden, ausgelagert und professionalisiert. Es ging los mit der Krankenpflege, dann kam die Altenpflege und dann die Kinderbetreuung, jetzt ist es die Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Und all das meint man dadurch geschickt zu lösen, dass man professionelle Kräfte bezahlt, die jetzt diese Familienaufgaben übernehmen, damit Eltern möglichst ungestört der Erwerbstätigkeit nachgehen können. Ich werte das nicht, ich sag nur, das führt natürlich nicht dazu, dass die Dinge billiger werden. Das erleben wir in der Kinderbetreuung und das erleben wir genauso auch in der Pflege.

Ob man der Meinung ist, dass wir damit insgesamt in einer humaneren Gesellschaft leben, muss jeder für sich entscheiden

Momentan gibt es übrigens auch eine ganz witzige Parallele bei den Kindern unter Drei und den Pflegebedürftigen. Bei beiden Gruppen sind es zwei Drittel, die zu Hause betreut bzw. gepflegt werden. Zwei Drittel der Kinder unter Drei und zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden noch – das sage ich mit einem ganz großen Ausrufezeichen – zu Hause betreut bzw. zu Hause gepflegt.

Wenn wir so weitermachen wird das nicht mehr lange so sein. Denn wir sind dabei Weichenstellungen vorzunehmen, die das Angehörigen weitestgehend abgewöhnen. Wenn wir diesen Prozess aufhalten wollen –und wir täten gut daran – dann müssten wir uns um mehr kümmern als um die Pflegeversicherung allein.

Da muss es uns dann auch um Fragen gehen, wie die finanzielle Absicherung von pflegenden Angehörigen aussieht, wie diese Tätigkeit in der Rente und in der Sozialversicherung honoriert wird und natürlich auch um die Frage, ob man Familien nicht irgendwann auch einmal die volle steuerliche Absetzbarkeit für beschäftigte Hilfskräfte zugestehen kann, die jeder Betrieb auch hat.

Wollen wir, dass Angehörige auch in Zukunft pflegen?

Dann müssen wir die richtigen Weichen stellen! Oder wollen wir die stationäre, externe Versorgung zum Regelfall machen?

Ich habe dazu eine ganz klare Meinung: ich bin der Auffassung, dass wir pflegende Angehörige jeden Tag mit einem Dankesgebet und großen Respektbekundungen bedenken sollten – sie sind der Pflegedienst der Nation und sie sind gemessen daran, was sie leisten, unglaublich schlecht vertreten in der politischen Diskussion.

Damit entschuldige ich gegenüber den Trägerverbänden manchen anstrengenden Wortbeitrag von mir. Die Betreiber und Träger von stationären Einrichtungen sind in wirksamen Interessenverbänden organisiert. Uns muss bewusst sein: Pflegende Angehörige haben etwas anderes zu tun, als sich professionell in Verbandsstrukturen aufzustellen und dann auch noch Öffentlichkeitsarbeit für ihre Themen zu machen.

Es ist deswegen auch die Aufgabe von Politik, darauf zu achten, dass genau die, die sich nicht organisieren, zu Wort kommen. Sonst sind sie – und es sind ja vor allem Frauen – die verkannten und vergessenen Heldinnen unseres Alltags. Das sollte uns nicht erst dann bewusst werden, wenn diese Leistung nicht mehr erbracht wird.

Was brauchen pflegende Angehörige noch?

Bessere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gehören genauso dazu wie Unterstützungsangebote und zeitliche Entlastung. Die Einführung der Familienpflegezeit war ein erster wichtiger Schritt, aber hier gibt es durchaus noch Verbesserungsbedarf.

Ich versuche in Bayern derzeit mit Modellprojekten Strukturen zu befördern, die pflegende Angehörige zeitlich entlasten, beispielhaft nenne die Tagesbetreuung in Privathaushalten oder die Demenzpaten. Das Vorhandensein passgenauer ergänzender Unterstützung kann durchaus für den einen oder anderen pflegenden Angehörigen ausschlaggebend dafür sein, dass er die Pflege insgesamt meistern kann und nicht aufgibt. Dazu gehören auch mehr ortsnah und bezahlbare ambulante Betreuungsangebote, die stundenweise oder tageweise entlasten.

Das ist alles eine Frage der Anreizsysteme und der entsprechenden Finanzierung. Wenn man das will, dann kriegt man das hin, aber momentan ist der Aufbau ambulanter Angebote nicht das Lieblingskind aller, weil solche Angebote nicht das lohnendste Geschäft für einen Teil der sehr gut organisierten Interessenvertreter sind. Deshalb setze ich Steuergelder ein um einen Markt für diese Ergänzungen zur Familienpflege anzuschieben.

Ich plane zum Ende des Jahres, gemeinsam mit den Kassen eine Landesagentur, die auch dort niedrighschwellige Angebote ansiedeln soll, wo es noch keine gibt und die bürokratische Hürden aus dem Weg räumen hilft. Wenn man sich mal vor Augen führt, dass für zusätzliche Betreuungsleistungen im Sinne des § 45b SGB XI eine zweistufige Prüfung vorgeschaltet ist, wegen 100 oder 200 Euro im Monat, dann kommt man schon ins Grübeln, „meine Damen und Herren.

In engem Zusammenhang mit der konsequenten Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ steht die Reha, ein Thema, dessen wir uns noch viel zu wenig angenommen haben – nicht zu letzt deswegen, weil Finanzier und Nutznießer auseinander fallen.

Unsere Gesellschaft, denkt bei Reha immer noch in erster Linie an die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit im Beruf. Die wenigsten haben wirklich verinnerlicht, dass das Ziel von Reha genauso die Überwindung und Verminderung von Pflegebedürftigkeit sein muss. Dass diese Erkenntnis nicht automatisch vorhanden ist, liegt auch daran, dass wir für Reha und Pflege unterschiedliche Finanzierungen haben: Die Krankenkasse zahlt Reha-Kosten und Nutznießer ist die Pflegekasse. Und die Krankenkasse fragt sich natürlich, warum die Pflegekasse mit aufwendigen Reha-Maßnahmen entlastet werden soll.

Hier zu prüfen, wie man Fehlanreize abbauen kann, ist sicherlich ein lohnendes Geschäft. Das geht bis hin zur Prüfung, ob es nicht sinnvoll sein kann, die finanzielle Verantwortung für Reha und Pflege zusammenzulegen.

Meine Damen und Herren, dass wir mit Steuergeldern ambulant betreute Wohngemeinschaften fördern, ambulante Hausgemeinschaften oder auch neues Seniorenwohnen, nicht aber Investitionen in stationäre Pflegeheime, hängt damit zusammen, dass stationäre Einrichtungen in unserer Gesellschaft etabliert sind und auch laufen. In diesem Bereich ist in den letzten Jahren ein funktionierender Markt entstanden. Deshalb hat uns der Oberste Rechnungshof vor einigen Jahren sogar verboten, hier mit Steuergeldern Investitionskosten zu bezuschussen.

Aber bei den ambulanten Formen gibt es noch viel anzuschieben. Da sind, gerade wenn es um Innovationen und Modellprojekte geht, Steuergelder durchaus noch gut angelegt. Hier noch weit mehr Phantasie zu befördern, um den Grundsatz „ambulant vor stationär“ mit Leben zu erfüllen, ist mein zentrales Anliegen. Die Frage, was wir noch ambulant lösen können und was stationär, wird auch unmittelbar eine Rolle spielen für den Finanzbedarf, den wir mit der Pflegeversicherung zukünftig werden abdecken müssen.

Eine weitere Stellschraube ist die Entwicklung des Pflegeberufs. Wir wissen alle wie wir gepflegt werden wollen. Wenn wieder irgendjemand bei der Pflege etwas falsch gemacht hat, ist die Zahl derer, die sich darüber entsetzen, groß. Ich kenne niemand, der Lust hat, im Alter von 86 Jahren, das ist das Durchschnittsalter, in dem wir heute in die stationäre Pflege eingewiesen werden, noch einmal eine Fremdsprache zu lernen, d.h. die meisten würden auch ganz gerne in ihrer Muttersprache gepflegt werden. Und außerdem natürlich entsprechend dem besten technischen und pflegerischen Standard und mit menschlichen Qualitäten, also Händchen haltend, viel Zeit und allem drum und dran.

Aber kosten soll's dann bitte nichts! Das Bewusstsein dafür, dass gute Pflege ihren Preis hat, ist nicht gelernt in unserer Gesellschaft. Vielleicht, weil es die Hausfrau früher auch umsonst gemacht hat?

Wir sind alle sehr bereit in diesem Land denjenigen ein hohes Gehalt zuzubilligen, die Berufe im Bereich der Technik ausüben, die etwas produzieren, was man dann knipsen und auf Hochglanzseiten veröffentlichen kann. Bei der Forderung, die unsere große Schwesterpartei kürzlich erhoben hat, 'Langzeitarbeitslose an Pflegebetten', blieb aber der Aufschrei irgendwie aus in diesem Land. Hätte jemand gefordert: "Langzeitarbeitslose an die Fertigungsbander von Autobetrieben", dann hätte ganz Deutschland gerufen „Hände weg von meinem Auto!“. Ich hab aber nicht gehört, dass irgendjemand gerufen hat „Hände weg von meiner Oma“.

Wenn wir nicht bereit sind die Pflegenden zu bezahlen, wie andere hochverantwortliche Berufe, dann werden wir keine Pflegekräfte, die unsere Ansprüche befriedigen, bekommen. Dann können wir auch unsere Qualitätsdebatten beenden. Dann läuft es eben wie in Tschechien. Dort sagte mir der tschechische Sozialminister anlässlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit: „Frau Ministerin, von uns werden Sie keinen Zulauf von Pflegekräften bekommen, denn die, die sie suchen, haben wir nicht. Wir haben dieses System nicht – bei uns wird in Familien gepflegt oder die alten Leute landen im Armenhaus. Wir haben kein System der stationären qualitativ hochwertigen Pflege, deswegen finden Sie bei uns auch die entsprechenden Kräfte mit diesen Abschlüssen nicht.“

Wenn wir uns dieses System leisten wollen, müssen wir auch bereit sein, dafür ordentlich zu bezahlen. Das bedeutet für den Finanzierungsbedarf in der Pflegeversicherung, dass entsprechende Gehälter mit einzurechnen sind.

Für die Attraktivität der Pflegeberufe spielt aber nicht nur das Gehalt eine Rolle sondern auch das Thema Bürokratie.

Ich hab das gestern wieder erlebt: Anlässlich eines Auftritts in einem Festzelt beim Frühschoppen traten zwei Leiter von Heimen eines großen Trägers, der der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände angeschlossen ist, an mich heran und haben sich über die Bürokratie beschwert. Ich hab dann darauf verwiesen, dass ich die falsche Adresse bin, da diese Bürokratie von der Selbstverwaltung aufgebaut worden ist, den Kassen und Trägern, und nicht von der Politik.

Ein solch deutlicher Hinweis ist auch öffentlich immer wieder notwendig, weil die Tendenz besteht, dass alles, womit die Leute nicht zu Recht kommen, erst einmal der Politik vor die Füße gekippt wird. Die Leute demonstrieren nämlich nicht vor der AOK oder dem MDK, sondern das fällt immer der Politik auf die Füße, genau wie bei dem von den Organen der Selbstverwaltung verantworteten Pflege-TÜV.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder noch viel deutlicher öffentlich machen, was in der Verantwortung der Träger und Kassen liegt oder die Selbstverwaltung einschränken und die Kernbefugnisse, für die es ein öffentliche Interesse gibt, wieder der Politik allein in die Hand geben. Wenn wir in diesen Fragen inkonsequent bleiben, kassieren wir die Prügel, die andere verschuldet haben und mangels Handlungsdruck auf die Selbstverwaltung ändert sich nichts. Dann häufen sich in den Pflegeberufen die unzufriedenen Menschen, die lieber am Bett arbeiten würden, stattdessen aber am Schreibtisch sitzen.

Und damit bin ich schon beim Thema Pflege-TÜV.

Der ist ja nun ein bisschen renoviert worden – aber ehrlich gesagt – meine Damen und Herren – ich halte ihn nach wie vor für eine Totgeburt. Der Grundfehler ist der Ansatz Dokumentation zu prüfen statt Ergebnisqualität. Ich höre immer wieder Heimleiter, die mir offen oder hinter vorgehaltener Hand sagen, dass sie ihre gute Note nur wegen guter Dokumentation erhalten haben und nicht weil sie tatsächlich eine so gute Pflege haben. Und wenn schon die Heime selbst ihre Benotung nicht glauben, dann offenbart das doch das Grundproblem. Die Akzeptanz von solchen Systemen geht gegen Null, wenn unter der Hand jeder weiß, dass das letztlich ein Schönschreibwettbewerb ist. Dazu kommt dann auch, dass die Prüfer des MDK, damit das Ganze bundesweit vergleichbar ist, nur nach Zufallsstichproben prüfen dürfen. Also muss der Prüfer, der ja fachlich topfit ist und mit seiner Erfahrung genau weiß, wo er hinschauen muss, seinen Sachverstand ausschalten und nach einer Art „Zufallsgenerator“ prüfen, damit Berlin und Kempten vergleichbar sind. Welcher Angehörige will denn Vergleichbarkeit zwischen Berlin und Kempten? Jeder sucht doch örtlich gebunden ein Pflegeheim für seine Angehörigen und benötigt diesen bundesweiten Vergleich gar nicht.

Ich bin schon verwundert, dass auch bei dem Thema Pflege-TÜV eine ganze Nation völlig kritiklos zuschaut, wie für so ein völlig untaugliches System Millionen vom Bund verpulvert werden. Mir wäre lieber, dieses Geld würde tatsächlich dazu beitragen, dass die Pflegequalität, die am Bett stattfindet, gemessen wird,

Meine Damen und Herren,

ganz allgemein noch zu den Finanzierungsfragen der Pflegeversicherung.

Sie wissen was im Koalitionsvertrag des Bundes steht und ich sag Ihnen jetzt, was meine Meinung ist. Meine Meinung ist, wir können nicht alle vier Jahre die Grundlagen für die Gesundheitsreform, Pflegeversicherung usw. ändern, je nachdem welche Partei gerade am Ruder ist. Und d.h. wir brauchen ein System, das die Bürger über die Parteigrenzen hinweg mit ganz großer Mehrheit mittragen und das dann auch über Jahrzehnte hinweg trägt und das nicht immer wieder Spielball von Ideologien wird.

Bewährt hat sich bei uns in Deutschland – es ist halt einfach gelernt bei uns – das Umlagesystem, es ist das von den Menschen breitest akzeptierte System.

Gelernt und breit akzeptiert ist auch der Gedanke der paritätischen Solidarität. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen nach einer breiten Überzeugung in diesem Land die großen Lasten gemeinsam tragen.

Die Finanzkrise hat zudem das eine Zeit lang etwas unter Imageproblemen leidende Umlagesystem wieder ein bisschen attraktiver werden lassen, weil wir weltweit erlebt haben, dass Menschen, die auf Kapitaldeckung gesetzt haben, in Amerika und anderen Ländern, plötzlich ohne Rentenansprüche dastanden. Das ursprüngliche Interesse auf Kapitaldeckung hat sich deutlich relativiert, weil die Finanzkrise die Schwächen der kapitalgedeckten Systeme aufgezeigt hat.

In diesem Lichte muss auch die damalige Festlegung im Koalitionsvertrag Bund relativiert begriffen werden.

Auch Instrumente wie Zusatzbeitrag und steuerfinanzierter Sozialausgleich haben nach den Erfahrungen mit der Gesundheitsreform rapide ihren Charme verloren. Ich finde, es genügt zu sehen, dass all das bei der Gesundheitsreform nicht wirklich charmant geworden ist und deswegen wäre ich durchaus dafür, dass wir daraus für die Reform der Pflegeversicherung lernen und bei folgenden Grundaussagen bleiben: Solidarisch, generationenfest, systemimmanent.

Selbstverständlich brauchen wir dann aber Antworten auf die Frage, wie das bei dem demografischen Aufbau, den wir haben, im Umlagesystem generationengerecht organisiert werden kann. Dieser umgekehrte Tannenbaum unserer Demographie ist natürlich der Killer für jedes Umlagesystem und deswegen müssen wir jetzt etwas tun, um dieses Umlagesystem zu sichern.

Warum denn nicht jetzt, zu einem Zeitpunkt, zu dem die bevölkerungsstarken Jahrgänge in Lohn und Brot stehen, diese Situationen im System nutzen, um von den Beiträgen, die jetzt fließen, etwas abzuzweigen für die Zukunft?

Damit meine ich nicht einen Sonderbeitrag für einzelne Jahrgänge, wie die Babyboomer, sondern ich meine, wir sollten überlegen, jetzt die Beitragszuflüsse insgesamt zu nutzen, um daraus Teile für einen Zukunftsfonds abzuzweigen und aufzubauen. Was sich dann aufbaut, könnte ein Puffer sein für die Zeit, wo unsere Kinder mal vor der Herausforderung stehen, unsere Pflege stemmen zu müssen. Denn nur über ihre Beiträge in die Pflegeversicherung werden sie das nicht schaffen.

Für diesen Zweck aber eine gesonderte Säule in einem Extrasystem mit Kapitaldeckung und Zusatzbeitrag aufzubauen, die dann auch noch nur die Arbeitnehmer tragen sollen, halte ich für extrem problembehaftet. Und ich glaube auch nicht, dass wir die soziale Abfederung dafür zufriedenstellend hinbekommen.

Alles was wir jetzt nicht beitragsmäßig sozial abfedern, dürfen unsere Kinder über ihre Steuern bezahlen. Es wird ja nicht so kommen, dass jemand dann im Alter außen vor ist. Es ist vielmehr so, dass was wir nicht aus der Pflegeversicherung heraus abdecken, aus den dann einzuhebenden Steuern finanziert werden muss.

Wenn wir aber jetzt anfangen etwas für die Zukunft beiseite zu legen, könnten wir es schaffen, die Beiträge ein Stück weit zu „untertunneln“. Tun wir das nicht, müssten die Beiträge, je weniger Kinder nachkommen, natürlich immer höher werden, damit sie die dann benötigte Leistung noch bewältigen.

Meine Damen und Herren,

das waren die wichtigsten Überlegungen, die mich zurzeit zum Thema Zukunft der Pflegeversicherung bewegen. Es gäbe noch das eine oder andere mehr, aber ich würde ungern das Zeitlimit Ihrer Tagung hier sprengen und gehe davon aus, dass wir uns ohnehin immer wieder über diese Themen austauschen.

Danke für Ihr Interesse, ich wünsche Ihnen noch einen erfolgreichen Fachtag.